

Pressemitteilung

32/04 – 2. Dezember 2004

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft präsentiert neue wissenschaftliche Studie:

Raffelhüschen rechnet nach: Kein aktuelles Gesundheitsreformmodell ist zukunftsfest

Experte warnt vor Kostenexplosion und fordert neue Anreize zur Kostensenkung

„Weder die Bürgerversicherung noch die Gesundheitsprämie und auch nicht das aktuelle Kompromissmodell von Angela Merkel und Edmund Stoiber bringen die notwendige finanzielle Nachhaltigkeit in das Gesundheitssystem“, erklärte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen vom Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg am Donnerstag auf einer Pressekonferenz der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* in Berlin. Er präsentierte eine neue wissenschaftliche Studie der *INSM*, die er gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Gesundheitsökonomie erstellt hat.

Haupt-Fazit der Untersuchung: „Alle bekannten Reformmodelle für das Gesundheitswesen haben vor allem die Sicherung der Krankenkasseneinnahmen im Fokus, doch sinnvolle Anreize, die Ausgaben zu senken, enthalten sie nicht.“ Alle würden sie kommenden Generationen Milliarden-Defizite aufbürden, die sogar höher liegen, als würde man den Status quo des Kassenbeitragssystems beibehalten (die Zahlen im Detail auf Seite 2). In diesem Zusammenhang warf Raffelhüschen sowohl „der Rürup-, aber auch der Herzog- und der Nahles-Kommission“ vor, ihren eigentlichen Auftrag aus dem Auge verloren zu haben, „nämlich die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“.

Die Politik forderte der Professor auf der Pressekonferenz der Initiative zu „unpopulären Maßnahmen“ auf. So müssten

- außer dem Zahnersatz auch Zahnarztleistungen vollständig aus dem Kassenkatalog gestrichen werden. Dies würde eine jährliche Ersparnis von 8 Milliarden Euro bringen.
- ein absoluter Selbstbehalt von jährlich 900 Euro für ambulante Leistungen und Medikamente eingeführt werden. Die Kostenersparnis für die gesetzliche Krankenversicherung summiert sich nach Angaben des Experten auf 19 Milliarden Euro pro Jahr.
- Krankenkassen und Krankenhausträger Preise für die stationäre Behandlung frei aushandeln können, „um den Kostendruck im stationären Sektor zu dämpfen“. So würde sich nach Raffelhüschens Überzeugung jährlich eine halbe Milliarde Euro einsparen lassen.

Scharf griff der Wissenschaftler das Konzept der Bürgerversicherung an, „die von den üblichen Verdächtigen des allseits umsorgenden Sozialstaates“ propagiert werde. Demographiebedingt werde sich der Beitragssatz – heute liegt er bei durchschnittlich 14,4 Prozent – ohne Reformen auf der Ausgabenseite langfristig bei „über 22 Prozent festsetzen“. Doch auch die Kopfpauschale nach Rürup bliebe nach Meinung des Experten ohne wirksame Ausgabenbegrenzung „nicht von gewaltigen Erhöhungen“ verschont. Sie sei ohnehin – „politisch opportunistisch“ – zu niedrig angelegt und werde ohne wirksame Ausgabenbegrenzung um über 180 Prozent der Ausgangspauschale steigen.

Die Nachhaltigkeitslücke des gesamten staatlichen Sektors (Steuern und Sozialversicherungen) im Laufe dieses Jahrhunderts:

beim Status quo im Gesundheitswesen:	414,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)
bei der Gesundheitsprämie:	427,7 Prozent vom BIP
beim Kompromissmodell der Union:	443,4 Prozent des BIP
bei der Bürgerversicherung:	452,2 Prozent des BIP

Die komplette Studie liegt zum Download bereit: www.insm.de

Pressekontakt: Dieter Rath, Tel.: (0171) 5488666, Email: rath@insm.de

Max A. Höfer, Tel.: (0172) 9243939, Email: max.hoefer@t-online.de

Die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland.